

Demokratisierung in Planung und Gestaltung: die Planung eines durchlässigen öffentlichen Platzes

21. Dezember 2017

Dieser kurze Artikel betrachtet die Anwendung von Demokratisierung in der Planung und Gestaltung am Beispiel des URBACT REPAIR Action Plans (2010 – 11). Der Plan wurde von der Gemeinde Paola (Malta) und resultierte unter anderem in der Gründung der lokalen URBACT Arbeitsgruppe. Der Artikel evaluiert die verschiedenen Phasen der Beratungen mit der lokalen Bevölkerung und verschiedenen Regierungsorganisationen. Er untersucht ebenso den Prozess von der Planung zur Umsetzung und die Auswirkungen von Demokratisierung auf Planung und Gestaltung.



Im März 2017 verkündeten die Ministerin für gesellschaftlichen Dialog Helena Dalli und der Vorsitzende des Beirats für den Süden, Parlamentsabgeordneter Silvio Parnis, dass „die Arbeiten am Piazza Antoine de Paule in Paola mit Regierungsinvestitionen von € 3 Mio fortgesetzt werden“. Diese Investition ist Teil des URBACT REPAIR Action Plan aus den Jahren 2010-2011. Der Zweck des Action Plans „(war) eine integrierte Herangehensweise zur nachhaltigen Planung für die Regeneration der Gemeinde Paola und im Speziellen für die Umgebung von Corradino...“. Ziel des Plans ist die Regeneration des Areals anhand von Verkehrsprojekten und verbesserten Lebensbedingungen.

Der REPAIR Action Plan „... ist im Wesentlichen ein Plan von BürgerInnen, dem fünf Elemente zu Grunde liegen:

1. die Nutzung der UNESCO Richtlinie als eine Planungsgrundlage für Tourismus und Verkehr
2. die Umsetzung einer ÖV-orientierten Entwicklungsstrategie zum Vorantreiben der Regeneration des Areals
3. die Bewertung Areales-spezifischer Charakteristika als ideales Instrument für die Analyse des Kontexts und der Landschaft
4. die Entwicklung von Knotenpunkten um die Maßnahmen und Zielsetzungen des Plans zu unterstützen
5. die Sicherstellung der Finanzierung des Projekts

Planungs- und Gestaltungsvorschläge

Planung und Gestaltung eines Areals kann nur erfolgreich sein, wenn die Anwohner und Nutzer des Areals direkt involviert werden. Gemäß diesem Grundsatz wurde an einem Wochenende eine Ausstellung zum Zweck der Bürgerbeteiligung durchgeführt. Die Bürger konnten mit Unterstützung

von Architekten verschiedene Lösungsvorschläge diskutieren, kommentieren und ihre Stimme für einen der Vorschläge abgeben. Die Teilnehmer waren sowohl kritisch als auch enthusiastisch, aber in jedem Fall sehr unterstützend. In 3 Tagen gaben 890 Bürger ihre Stimme für einen der drei Vorschläge seitens der Gemeinde ab.

Der ausgewählte Gestaltungsvorschlag wurde anschließend verschiedenen Regierungsagenturen und NGOs vorgestellt, im Besonderen Transport Malta, dem Einzelhandel und den örtlichen Kirchenvertretern. Der Gemeindecarchitekt erstellte basierend hierauf weitere Gestaltungsdetails, welche der Umwelt- und Planungsbehörde von Malta sowie der allgemeinen Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Ausgehend vom ausgewählten Gestaltungsvorschlag aus der Bürgerbeteiligung wurden einige Änderungen vorgenommen; vor allem im Bereich der Landschaftsübergänge, der Eingangssituation zur Kirche und der Pflasterung und der Sitzgelegenheiten am Busterminal.

Die Lösung strittiger Fragen: was die Bürger wollten!

Es gibt eine rechtliche, aber auch moralische Verpflichtung das Interesse der Bürger in der Planung zu beachten. Dies bezieht sich nicht nur auf den Beteiligungsprozess und Transparenz, sondern auch auf die Finanzierung und demokratische Elemente in der Planung. Letzteres wird häufig übersehen und kann zu einer Kompromittierung des Konsenses führen. Verschiedene und komplexe Punkte führten zur Änderung des Vorschlags der Bürger hin zur tatsächlichen Umsetzungsvariante. Die Forderungen der Bürger waren tatsächlich einfacher und beinhalteten weniger Eingriffe als die zur Umsetzung gelangte Variante. Einige dieser Elemente beinhalteten, die Balustrade am Eingang der Kirche beizubehalten, den Busterminal komplett vom Platz zu entfernen und Unterschiede im Bodenniveau auszugleichen um einen offenen Landschaftscharakter zu erlangen. Diese Ziele fanden die Unterstützung des Gemeinderats und waren Bestandteil des ursprünglichen Gestaltungsplans. Während die Demokratisierung des Planungsprozesses durchaus als Erfolg gesehen werden kann, hat der anschließende Gestaltungsprozess den Willen der Bürger eher ausgeglättet.

Verhandlungen und Ergebnis:

Der Verhandlungs- und Finanzierungsprozess benötigte drei Jahre. Die Verhandlung drehte sich um Gestaltungselemente, die noch ungelöst waren, und sich vor allem auf die Durchlässigkeit und den Shared-Space Charakter des Platzes bezogen:

1. Entfernung von Niveauunterschieden und anderen Barrieren: ursprünglich war die Entfernung dieser Barrieren vorgesehen - zugunsten der Nutzung von beweglichen, kugelförmigen Abgrenzungen, wo und wenn nötig. Hierdurch sollte ein vollständiger Zugang für jedermann und die flexible Nutzung des öffentlichen Platzes erreicht werden – bis hin zur Schaffung eines Shopping-Mall- und Event-Charakters für den Platz. Dieser Punkt wurde jedoch nicht umgesetzt.
2. Flexible landschaftliche Gestaltung: Der ursprüngliche Vorschlag sah die Nutzung von beweglicher Begrünung vor, um den Charakter des Platzes von Zeit zu Zeit verändern zu können. Die Idee war ein Laubdach zur Beschattung zu schaffen. Dieser Vorschlag wurde durch eine mehr permanente Bepflanzung ersetzt.
3. Umlegung der ÖV-Anbindung: Der Vorschlag sah die Umlegung von Buslinien vor, um den Platz in einen Kreisverkehr umzuwandeln. Hierdurch sollten Staus, ÖV-Fahrten am Platz und

die weitere Belastung des Platzes vermieden werden. Dies wurde teils umgesetzt, aber vor allem durch die Auswahl eines neuen Busanbieters und nicht durch den Vorschlag im Plan.

4. Die Umgestaltung des Kircheneingangs: der ursprüngliche Vorschlag beinhaltete die Beibehaltung der jetzigen Eingangssituation. Das Abweichen von diesem Wunsch hin zu einer offenen Gestaltung traf auf ernsthaften Widerstand in der Bevölkerung.

Die Versuche einer Finanzierung über ERDF-Mittel waren nicht erfolgreich. Die Umsetzung wurde nur durch die Finanzierung seitens des Beirats für den Süden realisiert. 2015 wurde das Projekt der Umgestaltung des Paolo-Platzes seitens der neuen Regierung wieder zu einer Priorität ernannt.

Schlussfolgerungen

Für Malta war diese Erfahrung mit Demokratisierung und Gestaltung eine der Ersten, in der Bürger gefragt wurden einen Gestaltungsvorschlag zu machen und weiterführend die Detailplanung und Umsetzung zu begleiten. Jedoch war der weitere Gestaltungsprozess nicht genauso erfolgreich wie der Beteiligungsprozess der Bürger selbst. Als Gründe hierfür werden gesehen:

1. dass das Element der Bürgerbeteiligung für Gestaltungsfragen nur einem sehr geringen Anteil an hierfür ausgebildeten Architekten gegenübersteht, und
2. dass eine gewisse Anzahl von öffentlichen Einrichtungen nicht in der Lage war, die Wünsche der Bürger zu berücksichtigen: nationalen Interessen wurde Vorrang gegeben.

Nichtsdestotrotz kann auf eine wichtige Lernerfahrung verwiesen werden, bei welcher der Beirat für den Süden die Wünsche der Bürger kontinuierlich in den Planungs-, Gestaltungs- und auch Umsetzungsprozess einbrachte und einbringt.